

ENTSCHLISSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Niko Alm, Mag. Christoph Vavrik, Dr. Matthias Strolz, Dr. Nikolaus Scherak, Gefährtin und Gefährten

betreffend der Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Dringlichen Antrag betreffend dem Thema "Das Bundesheerdesaster gefährdet Österreichs Neutralität und Katastrophenschutz"

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die sicherheitspolitische Lage in Europa und Österreich wesentlich verändert. Das Ende des Kalten Krieges und die Integration fast aller unserer Nachbarstaaten in die Europäische Union (EU) und in das Nordatlantische Verteidigungsbündnis (NATO) macht eine unmittelbare Bedrohung des österreichischen Staatsgebietes durch konventionelle ausländische Streitkräfte sehr unwahrscheinlich. Europa und damit Österreich müssen sich zukünftig neuen Bedrohungen und verteidigungspolitischen Herausforderungen stellen. Diese Herausforderungen können nur gemeinsam mit unseren europäischen Partnern bewältigt werden und erfordern ein umfassendes politisches, ziviles und militärisches Instrumentarium (Comprehensive Approach). Österreich als Mitglied dieser europäischen Gemeinschaft darf sich der Verantwortung nicht entziehen, einen solidarischen Beitrag zu leisten. Um sich diesen Herausforderungen zu stellen hat die EU eine Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) beschlossen. Österreich soll sich dazu klar bekennen und aktiv für eine Stärkung und Weiterentwicklung der GSVP eintreten.

Das Österreichische Bundesheer ist in die Lage zu versetzen, einen angemessenen und solidarischen Beitrag zur europäischen Sicherheit zu leisten. Langfristig und unabhängig von den nationalen Elementen ist es daher notwendig, dass Europa ein europäisches Freiwilligenheer schafft, zu dem jedes Land seinen finanziellen und personellen Beitrag leistet. Dieses europäische Freiwilligenheer, das unter der politischen und militärischen Führung und Verwaltung der EU stehen muss, hat die Aufgabe, die Sicherheit und den Schutz der EU und aller EU-Mitglieder (einschließlich Österreichs) zu gewährleisten.

Mit Blick auf dieses Ziel ist die Transformation von der Wehrpflicht in ein Freiwilligenheer in Österreich als mittelfristiges und gesamtstaatliches Ziel anzusehen. Aufgrund der derzeitigen schwierigen Lage des Bundesheeres ist jedoch schon jetzt Handlungsbedarf gegeben, um die Weichen für das Erreichen unserer mittel- und langfristigen Ziele zu stellen. Die Wehrpflicht in der vorhandenen Form und in der Dauer von sechs Monaten ist zu kurz, um die Grundwehrdienst leistenden Soldaten für die Erfüllung der oben genannten Hauptaufgaben auszubilden oder auf einen Auslandseinsatz vorzubereiten. Diese Hauptaufgaben werden daher zukünftig vorrangig von freiwilligen Kaderkräften zu erfüllen sein.

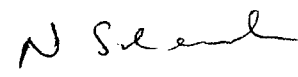
Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden


ENTSCHLIESSUNGSANTRAG


Der Nationalrat wolle beschließen:

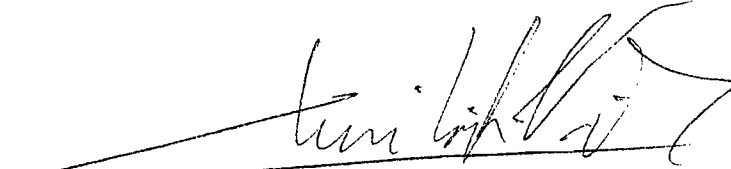
"Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Landesverteidigung und Sport, wird aufgefordert, dem Nationalrat Gesetzesentwürfe zur Sicherstellung der Umsetzung nachstehender Punkte vorzulegen:

- 1. die Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht; und*
- 2. die Schaffung eines Freiwilligenheeres unterstützt durch eine freiwillige Miliz."*


(SCHEER)


(Strolz)


(Pösch)


(C. VAVRIK)


(ALM)